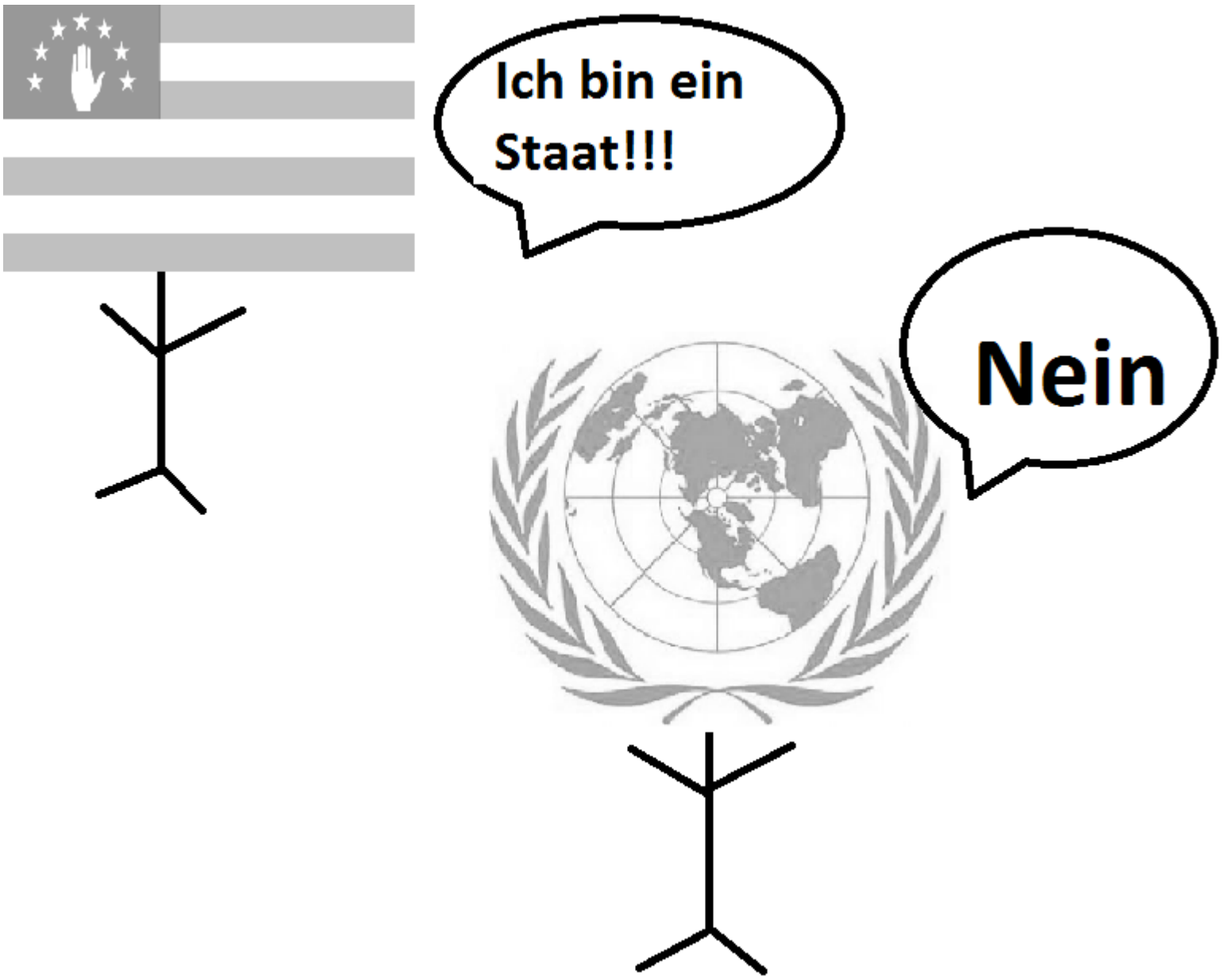
U-Bote*
*offizielles organ des unabhängigen asta der uni freiburg

#830

24/05/12



Nicht anerkannte Staaten

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

böse Zungen behaupten ja, dass niemand das Editorial liest. Das ist eigentlich schade, denn irgendwie muss man sich immer wieder etwas für das Editorial einfallen lassen. Andererseits heißt das natürlich auch, dass ich mich hier so richtig austoben kann, ohne dass ich dem strengen Blick des Lesers oder der Leserin ausgesetzt bin. Wuff, Wuff, Miau, Muuuuhh, Morgen gibt es Fisch in der Mensa.

Aber jetzt wieder zu ernsthaften Themen. Wie ihr vom Cover ablesen könnt, dreht sich dieses Heft um noch nicht anerkannte Staaten und all das, was irgendwie mit der Anerkennung von Staaten zu tun hat. Katharina beschäftigt sich dabei mit einem Land, das zwar sehr alt ist, aber noch nicht die nötige Anerkennung auf dem internationalen Parkett erlangt hat, nämlich Mittelerde. Rebekka erzählt uns, wie es ihr in Norwegen so ergeht. Neben diesem Schwerpunkt auf Länder findet ihr in dieser Ausgabe auch wieder einen Beitrag über die VS. Wir haben die politischen Hochschulgruppen gefragt, was sie eigentlich von der VS denken.

Ein sehr spannendes Heft also. Viel Spaß beim Lesen wünscht euch

Florian

Inhalt #830

Thema: Nicht anerkannte Staaten

Anerkennung von Staaten S.3
Transnistrien - Ein Staat? S. 4
Der Algerienkrieg S. 5
Ein Leben in Mittelerde S.6

HoPo

Geschichten von VV und VS S.7
Was denkt ihr zur VS? S.8-9

Kultur

Eine Zwischenbilanz aus Norwegen S. 10

we are u

Service und Termine S.11
stud.live S.12

Warum geschlechtsneutral?
Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I"). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Mensa, vergib!
Es freut das Herz, wenn die eigene Meinung ernst genommen wird. Das haben sich auch die Menschen vom Studentenwerk gedacht, als sie beschlossen Essensbewertungsterminals in den Mensen Freiburgs aufzustellen. Wer sie noch nicht gesehen hat: die roten Boxen mit Bildschirm, die neuerdings am Ausgang stehen. So ist man direkt am Kunden, direkt nachdem er das Produkt (das Essen) konsumiert hat. Und kann hoffentlich die schlecht bewerteten Gerichte aus dem Programm nehmen. An sich ne super Sache. Wenn da nicht die Probleme wären, die eine Neuerung meist mit sich bringt. Neben technischen Problemen (wie Konstantin in seinem Artikel auf fudder.de ausführlich beschreibt) gibt es noch ein größeres Manko. Der falsche Imperativ. Da steht doch tatsächlich : „Vergebe fünf Sterne". Vergebe? Les mal richtig, oder werf lieber gleich die Scheibe ein! Mein Philologenherz blutet und eigentlich dreht sich mir der Philologenmagen um und ich möchte null Sterne vergeben. Aber auf diesen Imperativ kann ich einfach nicht reagieren. Vergib!

Rose Simon

Dich gibt‘s doch gar nicht

Warum manche Staaten eigentlich keine Staaten sind

Als Ben Gurion am 14. Mai 1948 an das Rednerpult des alten Kunstmuseums in Tel Aviv trat, wussten er und die Leute, vor denen er sprach, vermutlich nicht, ob ihr Vorhaben erfolgreich sein würde. Denn was Ben Gurion an diesem Tag erreichen wollte, war nichts weniger, als die Ausrufung des israelischen Staates. Einen Tag nachdem das britische Mandat über Israel abgelaufen war. Doch was sollte das bedeuten? War nach dieser einseitigen Anspruchserklärung der Konflikt um Palästina geklärt? Kann sich ein Gebiet einfach so zum Staat erklären?

Staat = Staat?

Natürlich funktioniert das nicht so einfach. Es gibt drei Charakteristika, die einen Staat auszeichnen, nämlich ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt. Manchmal wird die Anerkennung durch andere Staaten auch dazu gezählt, aber primär gelten diese drei Voraussetzungen. Man kann also nicht einfach den eigenen Garten zum eigenen Phantasiestaat ausrufen.

Nun stellt sich aber die Frage, wann Staaten zu Staaten werden. Hier gibt es zwei Tendenzen in der betreffenden Forschungsmeinung. Die deklaratorische Theorie besagt, dass es schon ausreicht, wenn ein Staat sich selbst zum Staat ausruft. Die konstituierende Theorie hingegen besagt, dass die genannten Kriterien nicht ausreichen und folglich die Anerkennung von anderen Staaten notwendig ist, damit ein Staat als solcher bezeichnet werden kann.

Die Anerkennung

Eine Anerkennung ist faktisch dann möglich, wenn die drei Eigenschaften eines Staates, wie oben erwähnt, erfüllt werden. Diese drei Faktoren führen aber nicht bindend zu einer Anerkennung. Ob ein Staat anerkannt wird, oder nicht hängt allein von der Entscheidung der anderen Staaten ab. Dabei sind diese Entscheidungen meist politisch motiviert. Ein Beispiel dafür ist der Kosovo. Dieser wurde von fast allen EU-Mitgliedern als Staat anerkannt. Obwohl die EU auf eine gemeinsame außenpolitische Meinung hinarbeitet, war Spanien in diesen Fall den anderen EU-Mitgliedern nicht gefolgt. Die Begründung für diese Entscheidung war wie bereits erwähnt politische motiviert. Denn beim Kosovo handelt es sich, um das Produkt einer Sezessionsbewegung. Hätte Spanien folglich den Kosovo anerkannt, wäre es in arge argumentative Schwierigkeiten mit dem Baskenland und dessen Unabhängigkeitsbestrebungen gekommen.

Warum Anerkennung?

Man könnte nun glauben, dass es eigentlich nicht nötig sei sich von anderen Staaten anerkennen zu lassen. Wenn man also nur sein eigenes Süppchen kochen will und ganz autark leben will, kann man das machen. Leider gibt es solche Staaten nicht, oder nur begrenzt. Wegen der internationalen Verflechtung und der globalen Abhängigkeiten, müssen Staaten den Kontakt zu anderen Staaten suchen. Dazu muss man aber anerkannt worden sein. Vor demselben Problem stand die DDR nach ihrer Entstehung 1949. Der Versuch von anderen Staaten anerkannt zu werden sollte für die folgenden 25 Jahre das Hauptziel der DDR Außenpolitik sein. Damit wollte man sich aus einer Isolation lösen und den Handel in andere Länder eröffnen.

Ben Gurion ruft den Staat Israel aus

Alles nur Einbildung?

Theoretisch gesehen reicht es aus, wenn sich ein Staat von selbst für unabhängig erklärt. Wie dieser Staat aber wahrgenommen wird, hängt von der Sichtweise ab. So wird er auf Landkarten anderer Länder, die ihn nicht anerkannt haben, nicht auftauchen, während er auf den eigenen Landkarten eingezeichnet ist. Ein Beispiel dafür ist der Fall Nordzypern. Während dieses Land nur von der Türkei anerkannt wird, weigern sich die restlichen Staaten der Welt dies auch so zu tun. Auf der anderen Seite wiederum weigert sich die Türkei den restlichen Teil Zyperns anzuerkennen, während dieser von der restlichen Weltgemeinschaft als Staat anerkannt wurde.

Was sagt die Weltgemeinschaft?

Wie wir also sehen, ist es unklar wann ein Staat existiert, da es von der jeweiligen Perspektive abhängt. Eine Hilfe, um sich in diesem Dschungel zurechtzufinden, sind die Vereinten Nationen. In der UNO sind fast alle Staaten vertreten. Wer also in der UNO vertreten ist, oder von ihr anerkannt wurde, kann auch als für die Weltgemeinschaft existierend eingestuft werden. Ein Beitritt geschieht auf Empfehlung des Sicherheitsrates und durch Beschluss der Vollversammlung. Es ist also essentiell, dass man von mindestens der Hälfte der Staaten anerkannt wurde, u.a. auch von den wichtigsten Nationen im Sicherheitsrat.

Wie wir gesehen haben, gibt es keine klare Vorstellung, was ein Staat ist und was kein Staat ist. Wichtig ist dabei immer die Wahrnehmung von innen, aber auch von außen. Jedoch kann Klarheit geschaffen werden, wenn man die „Meinung“ der Weltgemeinschaft berücksichtigt.

Florian Unterfrauner

Transnistrien- ein Staat?

Die Sowjetrepublik zwischen Moldavien und der Ukraine

Die Länder der ehemaligen Sowjetunion sind für viele ein weißer Fleck auf ihrer persönlichen Landkarte. Moldawien ist den meisten vielleicht noch ein Begriff, wenn auch nur als ärmstes Land Europas. Aber Transnistrien?

Transnistrien, offiziell Pridnestrowskaja Moldawskaja Respublika (PMR), liegt am östlichen Rand von Moldawien an der Grenze zur Ukraine. Seit 1990 sieht es sich als unabhängigen Staat, ist jedoch von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt. Lediglich in der Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten wird es als unabhängig gesehen. Diese ist ein Zusammenschluss Abchasiens, Bergkarabachs, Südossetiens und Transnistriens, die nach dem Zerfall der Sowjetunion keine Unabhängigkeit erlangten. Bewohnt ist dieser Landstrich, der völkerrechtlich ein Teil von Moldawien ist, von Moldauern, Russen und Ukrainern, daher sind die offiziellen Amtssprachen Russisch, Ukrainisch und Moldauisch, was in Transnistrien Rumänisch in kyrillischen Buchstaben ist. De facto wird aber in vielen Behörden nur Russisch gesprochen und auch an den meisten Schulen nur auf Russisch unterrichtet.

Wie konnte es zu dem ungeklärten Status kommen?

Für uns, die wir aus einem geregelten Staat kommen, ist es vielleicht unvorstellbar, dass sich ein Teil des Landes plötzlich für unabhängig erklärt (auch wenn es in einigen Bundesländern separatistische Bewegungen gibt z.B. die Bayernpartei).

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es in vielen Teilrepubliken zu Konflikten zwischen den unterdrückten Minderheiten und der russischen Elite. In Moldawien war die Situation noch komplizierter, weil es dort seit je her eine heterogene Bevölkerungsstruktur gab. Während einige Gruppen nach dem Austritt Moldawiens aus der Sowjetunion die Vereinigung mit Rumänien forderten, um die Grenzen der Zwischenkriegszeit wiederherzustellen, forderten andere den Austritt nicht anzuerkennen und riefen die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik aus, die heute Transnistrien ist. Die neuentstandene Regierung in Kischinau (moldauisch: Chișinău) wollte die Rückkehr zur Sowjetunion nicht anerkennen und es kam zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen einer moldauischen Streitmacht und der in Transnistrien stationierten 14. Armee der UdSSR. Es ist umstritten, inwiefern

Das offizielle(?) Wappen Transnistirens

die sowjetische Armee den Bürgerkrieg beeinflusst hat. Klar ist, dass die Armee der UdSSR sich in der Auflösung befand und viele lokale Offiziere bereits das Kommando übernommen hatten. Insofern ist es schwer nachzuvollziehen, von wo genau welche Befehle kamen. Der moldauischen Streitmacht gelang es damals nicht, Transnistrien einzunehmen. Bis heute hat Kischinau kaum Einfluss.

Moldawien ist heute ein souveräner Staat, und es gibt keine Bestrebungen mehr sich mit Rumänien zu vereinigen. Auch die Rumänische Regierung hat die Unabhängigkeit anerkannt.

In Transnistrien aber herrscht heute ein De-Facto-Regieme, das von Kischinau nicht kontrolliert werden kann. Der Konflikt wird auch als „eingefroren" bezeichnet, da beide Parteien wenig tun, um den Status Quo zu verändern. In Transnistrien sind immer noch russische Truppen stationiert, obwohl der Rückzug bereits 1999 auf einem OSZE-Gipfel beschlossen worden war.

Ein bisschen Bewegung kam 2006 in die Unabhängigkeitsfrage. Es wurde über ein Referendum zur Statusfrage der Republik abgestimmt. Zur Auswahl standen folgende zwei Möglichkeiten:

„Unterstützen Sie den Kurs auf die Unabhängigkeit der Moldauischen Republik Transnistrien und den anschließenden freiwilligen Beitritt Transnistriens zur Russischen Föderation?"

„Halten Sie einen Verzicht auf die Unabhängigkeit der Moldauischen Republik Transnistrien mit dem anschließenden Beitritt zur Republik Moldau für möglich?"

Bei einer Wahlbeteiligung von 79% stimmten 97,1% für die Möglichkeit 1, also den Anschluss an Russland (Zahlen gemäß der Wahlkommission). Die OSZE hatte erst gar keine Beobachter nach Transnistrien geschickt, weil von vornherein klar war, dass dieses Referendum nicht anerkannt werden würde. Die Fragen seien suggestiv gestellt worden, um das erwünschte Ergebnis zu erhalten.

Ausblick

Im Moment sieht es nicht danach aus, als würde es zu einer baldigen Lösung des Transnistrienkonflikts kommen. Darunter leiden müssen im Endeffekt die Menschen, die unter dem nicht anerkannten De-Facto-Regime leben müssen.

Rose Simon

Der Algerienkrieg

Waren es „Ereignisse“ oder war es ein Krieg?

Als der ehemalige französische Präsident Sarkozy 2007 auf Staatsbesuch in Algerien war, forderte der damalige algerische Präsident ihn auf, sich im Namen Frankreichs für die Verbrechen im Algerienkrieg zu entschuldigen. Dies machte er zur Vorbedingung für weitere Gespräche. Doch anstatt klein beizugeben, wahrte Sarkozy den französischen Nationalstolz und erwiderte sinngemäß: „ Ich bin nicht hierher gekommen, um in der Vergangenheit zu schwelgen, sondern um Geschäfte zu machen.“ Daraufhin beendete der algerische Präsident die Gespräche und Sarkozy musste mit leeren Händen abreisen. Diese kleine Anekdote zeigt, wie schwer der Algerienkrieg die französisch-algerischen Beziehungen noch heute beeinträchtigt. Der Konflikt war nämlich nicht nur ein Konflikt um territoriale Oberherrschaft, sondern auch eine Konflikt zwischen zwei verschiedenen Perspektiven auf Algerien und all dem, was damit verbunden war.

Die Ereignisse

Während man weltweit in den Zeitungen und Geschichtsbüchern vom Algerien“krieg“ sprach, blieb dieser Begriff in Frankreich ungenutzt. Man bevorzugte im Gegensatz dazu von den „Ereignissen“ in Algerien zu sprechen. Erst nach einem Gesetz vom 18. Oktober 1999 wurde der Konflikt auch als Krieg bezeichnet. Bis dahin hatte sich Frankreich stur dagegen gewehrt, von einem Krieg zu sprechen, obwohl die ganze Welt dies tat. Doch wieso scheute man sich davor diesen Begriff zu verwenden und sprach dagegen lieber von den Ereignissen?

Algerien ist kein Staat!

Wie bereits erwähnt, war der Algerienkonflikt nicht nur ein territorialer Konflikt, sondern auch eine Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden Perspektiven. In den Augen der Franzosen war Algerien nämlich kein Staat. Laut ihrer Auffassung handelte es sich bei dem Gebiet, das 1848 von den Franzosen kolonisiert wurde, um eine Ansammlung loser Verbände, die miteinander nichts zu tun hatten und keine Form von Staatlichkeit aufwiesen. Für die Franzosen existierte ein Staat Algerien erst 1958, in Form der Exilregierung, die in Ägypten saß. Des Weiteren hatte Algerien einen Sonderstatus unter den französischen Kolonien. Dies lag nicht nur daran, dass es sich bei Algerien um eine Siedlungskolonie handelte. Die Kolonie war im Gegensatz zu anderen französischen Überseebesitzen, nicht dem Kolonialministerium untergeordnet, sondern dem Innenministerium.

Algerien wurde folglich nicht als Staat wahrgenommen, sondern als Teil Frankreichs. Deshalb sprach man lange Zeit nicht vom Krieg. Ein Krieg konnte nämlich nach internationalem Recht nur von Rechtspersönlichkeiten geführt werden. Denn nach rechtlicher Überlegung brauchte es für einen Krieg auch eine Kriegserklärung, die von einer Rechtspersönlichkeit unterzeichnet werden musste. In den Augen Frankreichs war Algerien aber kein Staat und konnte folglich auch keinen Krieg führen. So sprach man nach 1962 nicht von einem Krieg, denn das hätte impliziert, dass Algerien eigentlich ein eigenständiger Staat sei, der von Frankreich besetzt worden war.

Auf algerischer Seite hingegen war man überzeugt ein Staat zu sein. So wurde argumentiert, dass es in Algerien bereits lange vor dem Krieg verschiedene Reiche gegeben habe, die eindeutig eine staatliche Struktur aufwiesen. Dementsprechend war der Krieg auch Bestandteil der algerischen Identitätsfindung. So sprach man anfangs von einer „Algerischen Revolution“, dann vom „Nationaler Befreiungskampf“ und schlussendlich von einem „Unabhängigkeitskrieg“. In der Bevölkerung wurde der Konflikt allgemein als „der Krieg“ bezeichnet.

Ein Krieg hat Folgen

Wie bereits erwähnt fühlte sich Frankreich in Algerien nicht in einem fremden Land. Somit wurden die Angriffe von algerischer Seite nicht als kriegerische Handlung wahrgenommen, sondern als Verstoß gegen die geltende und öffentliche Ordnung. Die Algerier hingegen verstanden sich als Partei im Krieg und forderten deshalb, dass sie die Rechte von Kriegsgefangenen erhielten, sollten sie in Gefangenschaft geraten. Dies wurde aber von den französischen Autoritäten nicht anerkannt, da es sich bei dem Konflikt nicht um einen Krieg handelte.

Identitätskonflikt

Die unterschiedliche Wahrnehmung Algeriens in den eigenen Augen und derer der Franzosen führte auch dazu, dass beide Seiten versuchten ihre nationale Vorstellung durchzusetzen. Algerien sah sich selbst als einen, von den Franzosen unterdrückten Staat, der für seine eigene Unabhängigkeit kämpfte. Frankreich hingegen sah Algerien als Teil des eigenen Staatsterritoriums und nahm den algerischen Widerstand als separatistische Bewegung wahr. Während auf der ganzen Welt die Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wurden bzw. dies erlangten, klammerte sich Frankreich mit aller Macht an Algerien. 1958 scheiterte ein Antrag in der UNO, der Algerien das Recht auf Unabhängigkeit zugestehen sollte, am Veto Frankreichs. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass es sich hierbei um eine interne Angelegenheit handle.

Unter dieser Perspektive wird ein Grund ersichtlich, warum das Verhältnis zwischen Frankreich und Algerien so angespannt ist. Es wird aber auch klar, dass die Anerkennung als Staat stets an die eigene Wahrnehmung und die anderer gebunden ist. Aber auch, dass kleine Worte in ihrem Ausmaße riesige Unterschiede erzeugen können.

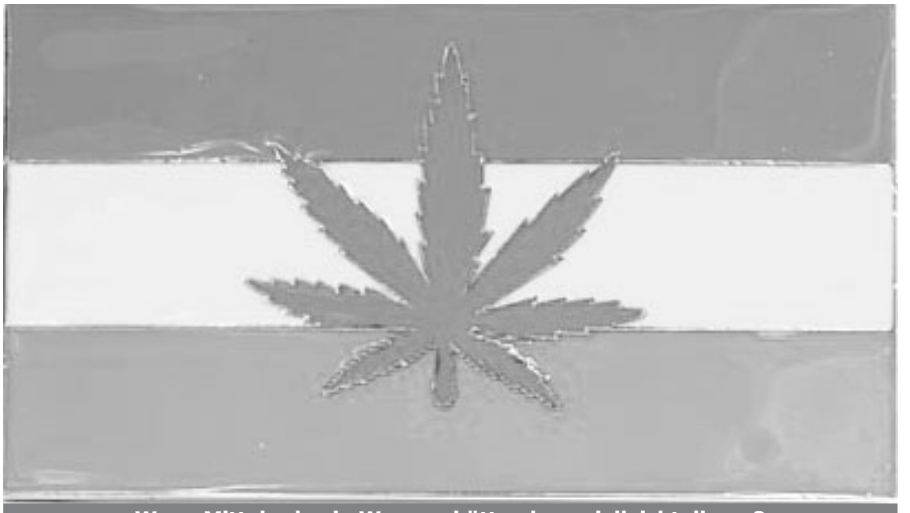
Florian Unterfrauner

Ein Leben in Mittelerde

Sollte Tolkiens Phantasiewelt nicht ein Staat sein?

Wer sich überlegt, den Wohnsitz dauerhaft ins Auenland zu verlegen, sollte sich das gut überlegen.

Wie so einige meiner LeserInnen habe ich bereits etliche Stunden in Mittelerde verbracht. Obwohl ich nicht einmal ein richtiger "Fan" Tolkiens bin, dürfte ich schon alleine bei der einmaligen Lektüre vom Herrn der Ringe mindestens so viele Stunden dort verbracht haben wie bei einer Wochenendreise. Wenn man bedenkt, wie lange ich mich durch den zweiten Band gequält habe, vermutlich länger. Anstelle einer ausgiebigen Stadtbesichtigung habe ich im Herrn der Ringe nicht nur verschiedene Städte, sondern ganze Länder bereist. Der Kulturschock war extrem. Zunächst frappiert der schamlose Drogenkonsum im Auenland. Mittelerde ist außerdem irgendwo im Mittelalter stecken geblieben und von magischen Kreaturen bevölkert. Zu guter Letzt spreche ich die Sprache des Landes nicht.



Wenn Mittelerde ein Wappen hätte, dann vielleicht dieses?

Präziser wäre es, von Sprachen im Plural zu sprechen, wie meine ausgiebige Wikipedia-Recherche ergeben hat. Die Elben Mittelerdes und ihre erlesenen Freunde sprechen entweder Sindarin oder Quenya. Rund um die Ereignisse, die sich um Frodo und den sagenhaften Ring spinnen, lesen wir daher immer wieder erquickliche, seitenlange Lieder und Gedichte auf Elbisch, die Tolkien natürlich eigens hierfür gedichtet hat. Beide Elbensprachen hat er außerdem mit einer vollständigen Grammatik versehen, sodass sie auch für unsereins lernbar sind. Diese Möglichkeit nehmen viele regelmäßige Besucher Mittelerdes in Anspruch und widmen sich deren Studium. Zeugnis hiervon sind unzählige Internetforen.

Falls sich nun jemand wundern mag, warum man sich die Mühe machen würde, 1. zwei komplizierte Sprachen mit kniffligen Pluralbildungen und anderen „Mutationen" zu erfinden, und 2. diese erfundenen Sprachen zu lernen, dem sei gesagt: Das war noch nicht alles. Tolkiens Konzeption von Mittelerde ist umfassend und detailgenau wie keine andere. Er gab dieser Welt eine genaue Geographie, indem er ausführlich beschrieb und sogar Karten zeichnete. Er gab dieser Welt eine Geschichte, die bis zu ihren frühsten Anfängen reicht, und versah sie sogar mit ihrem ganz eigenen Kreis von Mythen und Sagen, in welche die berühmten Vorfahren der Bewohner Mittelerdes eingewoben sind, deren Genealogien er selbstverständlich auch durchdacht hat. Tolkien wollte die Schöpfung seiner Mittelerde so vollständig wie möglich machen.

Auch wenn er dem Anschein nach viel Zeit hatte, war Tolkien dennoch kein einsamer Verrückter. Dem widerspricht der große Erfolg des Produktes „Mittelerde". Abgesehen von Tolkiens eigenen Publikationen gibt es großzügige Mengen von Sekundärliteratur, wie z.B. einen historischen Atlas Mittelerdes. Wer in seinem Alltag noch mehr Mittelerde möchte, kann sich Kleidung, Waffen oder Schmuck aus der Wahlheimat einfach über das Internet bestellen. In Anbetracht der Preise sollte man jedoch in Erwägung ziehen, zusammen mit seinen Elbisch sprechenden Gefährten zu investieren. Das „Schwert Anduril – Flamme des Westens", beispielsweise, wird auf elbenwald.de für schlappe 299 Euro versandkostenfrei angeboten. „Der Eine Ring – Das Original" ist dagegen für nur 119 Euro zu haben. Wer beim Lesen oder Filme schauen aufgepasst hat, weiß aber, wofür es sich mehr lohnt, das Mithril-Kettenhemd zum Pfandleiher zu bringen.

Tolkien macht es Willigen offensichtlich sehr einfach, in Mittelerde zu „leben". Sein Erfolg bestätigt meiner Meinung nach, wie groß das Verlangen in uns ist, unserer eigenen Realität zu entfliehen. Tolkien ermöglicht uns diese Flucht auf eine erfreuliche und meistens kurzweilige Weise. Ob wir wirklich den Wohnort ins Auenland oder nach Lothlorien verlegen, entscheidet jeder für sich. Der Fantasy-Autor Helmut Pesch sagt über diesen Zufluchtsort „Es ist vielmehr eine Welt, in die man nur durch einen Akt des Glaubens oder der Phantasie hinüber wechseln kann. Und auch ihre Bewohner, so phantastisch sie uns erscheinen mögen, sind doch nur wir selbst in einem anderen Zustand des Bewußtseins." Fantasiewelten in allen Formen und Farben gab es bereits vor Tolkien. Der Vorteil Mittelerdes ist aber, dass man dort sehr viele Gleichgesinnte findet.

Katharina Epstein

Geschichten von VV und VS

Auch ohne Affe leider nicht beschlussfähig

„Ein Satz mit x, das war wohl nix" möchte man dieser Tage nicht nur den Spielern des FC Bayern München zärtlich ins Ohr hauchen, dieser Satz oder eine ihm dem Sinn nach verwandte Aussage fiel auch im Vorstandszimmer im Nachgang der Vollversammlung am 09.Mai. Der Vorstand hat viel Zeit und Energie investiert, um viele Leute für die VV zu gewinnen – schließlich ist eine Vollversammlung nur beschlussfähig, wenn mindestens 200 Studierende anwesend sind. Um die Beschlussfähigkeit zu schaffen, haben wir nicht nur einige Hundert Plakate aufgehängt, sondern auch etwa 5000 Flyer unter das Volk gebracht, über soziale Medien hunderte aufmerksam gemacht, alle Mailinglisten angeschrieben, die wir in die Finger bekommen haben und schließlich die Fachschaften damit beauftragt, ebenfalls über ihre Kanäle Werbung zu machen. Gekommen sind dann knapp 150 Menschen.

Damals hatten sie noch gut lachen, die Bayern

Auch der Beschluss, den die VV – nur empfehlend natürlich, da sie nicht beschlussfähig war – am Ende fällte, scheint, was seine Kohärenz angeht, ausbaufähig. Zwei legitime, aber dennoch unterschiedliche Anliegen sind jetzt in einem Antrag vereint, was mir nicht sinnvoll erscheint. Was ist damit gemeint? Ich habe einen Antrag in die VV eingebracht, der im Wesentlichen eine pragmatisch orientierte Einkaufsliste mit Dingen war, die man im Landeshochschulgesetz (LHG) ändern könnte, um die Uni etwas demokratischer zu machen. Das LHG wird 2014 grundlegend überarbeitet, die wesentlichen Entscheidungen werden aber in diesem Herbst bereits gefällt. Daher haben wir uns gedacht, dass wir das Thema mal auf die Tagesordnung setzen.

Auf der VV wurde beschlossen, diesen Antrag teilweise um radikalere Forderungen zu erweitern, oder zumindest das, was die VV dafür hielt. Wesentliche Streitfrage war, wie man sich zum Universitätsrat positionieren soll. Der Unirat ist der Aufsichtsrat der Hochschule, ist hauptsächlich mit VertreterInnen aus der freien Wirtschaft besetzt und entscheidet über Kleinigkeiten wie z.B. die Wahl des Rektors oder den Haushalt. Nach einer etwa eineinhalbstündigen Diskussion wurde dann der Antrag, nicht nur den radikalen Umbau, sondern die Abschaffung des Unirats zu fordern, mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Als Begründung wurde vorgebracht, dass es noch nie geschadet habe, eine radikale Vision zu beschließen und auf dieser Grundlage dann pragmatisch zu handeln. Das Papier, das dann am Ende verabschiedet wurde, vermischt also zwei Anliegen – zum einen eine Vision, wie eine demokratischere Hochschule unbeachtet der bestehenden Verhältnisse aussehen kann, und zum anderen eine am politischen Betrieb orientierte Einkaufsliste mit konkreten Änderungsvorschlägen –, die beide ihre Berechtigung haben, aber eben unterschiedlich sind. Das Ergebnis ist in meinen Augen nicht gerade kohärent. Da die VV nicht beschlussfähig war, wird die FSK sich nochmal mit dem Papier beschäftigen. Ich bin gespannt, was sie beschließt.

Die letzte Woche verlief dann etwas erfreulicher. Am Mittwoch fand das erste „Forum VS" statt. Dort treffen sich Menschen, die Lust haben, Modelle und am Ende eine Satzung für eine Verfasste Studierendenschaft zu entwickeln. Die gesetzliche Grundlage dafür wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause geschaffen. Damit hat die seit Jahrzehnten bestehende Entrechtung und Entmündigung der Studierenden in Baden-Württemberg endlich ein Ende.

In einer angenehmen Diskussionsrunde wurde darüber gesprochen, was eine VS leisten soll und wie Modelle aussehen können. Dabei wurde klar, dass in gewissen Fragen ein breiter Konsens besteht. Zum Beispiel war es unstrittig, dass es in einer VS die Möglichkeit geben soll, Urabstimmungen durchzuführen. Diese Teile einer Satzung sollen gemeinsam entwickelt werden. Ergänzend dazu gibt es Gruppen, die ein basisdemokratisches Modell, ein repräsentativ-demokratisches Modell oder eine Mischung aus beidem entwickeln. Das nächste Forum-VS findet am 24. Mai um 18 Uhr im Studierendenhaus in der Belfortstraße 24 statt. Ich werde da sein. Wer bei der Entwicklung von VS-Modellen mitmachen will, sollte auch kommen.

Lennart Lein

Was denkt ihr von der Verfass

Noch diese Jahr wird das Gesetz zur VS erscheinen, doch wa davon? Wir haben sie gefragt und folgende Antworten beko

Wir von Campusgrün Freiburg sind erfreut, dass die Verfasste Studierendenschaft kurz vor der Wiedereinführung steht. Dadurch wird es zukünftig wieder eine stärkere Stimme, die die Studierenden vertritt, geben. Wir erhoffen uns auch, dass durch die Wiedereinführung wieder mehr Interesse der Studierenden an der Hochschulpolitik der eigenen Hochschule herrscht und dieses gesteigerte Interesse sich auch in einer höheren Wahlbeteiligung an den entsprechenden Wahlen äußert.

Grundsätzlich befürworten wir ein basisdemokratisches Modell. Wir wünschen uns eine Verfasste Studierendenschaft, in der auch weiterhin eine hohe Beteiligung der Fachschaften an Entscheidungen gewährleistet ist. Jede_r sollte sich dabei, egal ob im Rahmen der Fachschaft oder in Vollversammlungen, einbringen können.

Trotz der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft sind wir immer noch der Meinung, dass der Anteil der studentischen Mitglieder in bedeutenden universitären Gremien, wie zum Beispiel dem Senat, deutlich erhöht werden sollte, damit die Studierenden angemessen vertreten werden können.

Martin Rapp

Eine Verfasste Studierendenschaft ist rechtlich gesehen eine Teilkörperschaft innerhalb der Universität. „Verfasst" bedeutet, dass die Studentenschaft als Ganzes eine eigene Rechtsfähigkeit besitzt und sich selbst verwaltet.

Die Verfasste Studentenschaft sagt jedoch selbst noch nichts über die Ausgestaltung der studentischen Mitbestimmung aus. Hierdurch steht lediglich fest, dass das Mitbestimmungsorgan rechtlich eigenständig ist, d.h. Rechtsfähigkeit besitzt. Wie genau die Mitbestimmung ausgestaltet ist, ist von der Frage der Verfasstheit unabhängig. Daher regelt das Gesetz lediglich das „Drumherum", nicht aber das eigentliche „Wie". Wir brauchen mehr Mitbestimmungsrechte für die Studenten in den Gremien der Hochschulen. Dies ist jedoch in dem Gesetz zur VS nicht geregelt!

Eine Zwangsmitgliedschaft (oft verbunden mit Zwangsbeiträgen) ist nicht mehr zeitgemäß. Die Wahlbeteiligungen an Hochschulen in Baden-Württemberg liegen mit rund 20% schon weit über dem Bundesdurchschnitt, zeigen aber, wie klein der Anteil an Studenten ist, der sich wirklich für die Hochschulpolitik interessiert. Dieses Problem wird sicher nicht dadurch gelöst, indem man alle Studenten in einem Organ durch „Flucht in die Verfasstheit" zwangsverordnet, nach dem Motto: „Engagiert Euch gefälligst!". Wir lehnen jegliche Zwangsmitgliedschaften für Studenten daher ab. Die Zwangsmitgliedschaft in der VS demaskiert den „Staat im Staat". Diese Regelung widerspricht der Freiheit aller, selbst- und eigenständig entscheiden zu können, wo man Mitglied sein will und wo nicht.

Eva-Maria Bauer

Mit Einführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) und der durch die Satzungsautonomie gegebene Gestaltungsmöglichkeit, organisiert der AK VS ein Forum. Diese offenen Treffen für Studierende, die Interesse haben an einer Satzung für unsere Studierendenvertretung mitzuarbeiten, sollen als Vernetzungs- und Diskussionsplattform dienen.
Auf dem ersten Treffen haben sich durch eine Diskussion zu der Frage: „Sollten die Gremien der VS sich eher aus politischen Anschauungen oder Fachbereichen zusammensetzen?" bereits drei Satzungsgruppen gefunden. Eine Gruppe möchte ein Modell mit Studierendenparlament entwickeln, eine Satzungsgruppe, ein basisdemokratischen Rätemodell, und eine Gruppe möchte eine Satzung schreiben zu einem Hybrid-Modell, also ein Modell, dass Fachschaften und Hochschulgruppen beinhaltet. Die Satzungsgruppen sind offen für weitere Interessierte und darüber hinaus ist es immer noch möglich weitere Satzungsgruppen zu bilden, die sich im Rahmen des Forums austauschen.
Außerdem soll auf zukünftigen Forums-Treffen ein gemeinsamer Ausschuss gebildet werden, der zu bestimmten Themen gemeinsame Satzungsinhalte ausarbeitet. Beim nächsten Forum VS, am **Donnerstag, den 24.05.2012 um 18:00** Uhr im u-asta, **Belfortstraße 24**, geht es um die Themen Vollversammlung und Urabstimmung. Kommt vorbei und beteiligt euch am Gestaltungsprozess der Verfassten Studierendenschaft!

sten Studierendenschaft?

was denken die politischen Hochschulgruppen in Freiburg kommen:

Es ist wohl für jede Hochschulgruppe eine Herausforderung ihr Konzept für die neue VS auf wenige Zeilen herunter zu brechen. Nichtsdestotrotz freut sich die LHG über die Möglichkeit dies im U-Boten tun zu können.

Ein Rätesystem oder die Legalisierung des U-Asta Modells lehnen wir kategorisch ab. Wir versuchen ein Studentenparlament durchzusetzen, welches durch demokratische Wahlen legitimiert ist und so die Ganzheit der Freiburger Studierendenschaft abbildet.

Das von uns Studierenden zu wählende Stupa soll ausschließlich die fachlichen und hochschulpolitischen Belange der Studierenden wahrnehmen, den für die Umsetzung der Studentenparlamentsbeschlüsse zuständigen Allgemeinen Studentenausschuss sowie die Vertreter der Studierenden in fakultätsübergreifenden Gremien wählen und über die Verwendung der Kompensationsmittel für die Studiengebühren mitentscheiden. Das Recht eigene Beiträge, die jeder Studierende dann zwangsläufig bezahlen müsste, zu erheben soll das Stupa nicht erhalten.

Dies bedeutet nicht, dass wir die Fachschaften schwächen oder gar überflüssig machen wollen. Im Gegenteil. In unserem Modell erhalten die Fachschaften Satzungsautonomie und sind, sofern es sich um Angelegenheiten handelt, die nur den Fachbereich betreffen, völlig unabhängig vom Stupa. Was an der Basis geregelt werden kann, soll dort auch geregelt werden. Wir maßen uns nicht an zu wissen, was das Beste für jeden einzelnen Fachbereich ist. Eine größere Freiheit kann es für die Fachschaften nicht geben.

Mit der Einführung der VS fallen viele Aufgaben, die früher dem Studentenwerk zugeordnet waren, uns zu. Diese Aufgaben per se dem Studentenwerk wegzunehmen, halten wir für falsch. Bei studentischen Beratungen können wir sicher viele Dinge verbessern, jedoch in Bereichen Hochschulsport oder Mensa macht das Studentenwerk eine gute Arbeit, so dass wir keine Veranlassung sehen ihnen diese Aufgaben wegzunehmen, nur weil wir es können.

Fabian Schäuble

LHG Freiburg

Nach 35 Jahren verordneten Schweigens wird in Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt. Wie steht die Juso-Hochschulgruppe zu dieser Entwicklung?

Die Verfasste Studierendenschaft hätte niemals abgeschafft werden dürfen. Die Hau-Ruck-Aktion der Filbinger-Regierung 1977 war ein Fehler, den einzugestehen sich die CDU bis heute nicht traut. Studierende brauchen eine demokratische, effektive und legitimierte Vertretung, die sich auch politisch engagieren soll. Einen AStA, der nur Stellungnahmen zu kulturellen, musischen und sportlichen Belangen abgeben darf, braucht kein Mensch. Deshalb haben wir schon immer die Wiedereinführung der VS gefordert und freuen uns, dass sich die grün-rote Landesregierung zu diesem Schritt entschlossen hat.

Verbesserungsbedarf sehen wir vor allem im Bereich der Finanzhoheit. Eine Prüfung des Haushalts, um Missbrauch zu vermeiden, ist selbstverständlich nötig. Warum aber die VS für teures Geld eine*n Haushaltsbeauftragte*n und ggf. noch eine*n Rechnungsprüfer*in einstellen muss, wenn der Landesrechnungshof ohnehin ihren Haushalt kontrolliert, erschließt sich uns nicht.

Juso Hochschulgruppe Freiburg

Dennoch: Der Gesetzesentwurf, der nun in den Landtag eingebracht wird, ist ein großer Schritt hin zu mehr Mitwirkungsrechten für Studierende. Er gibt uns die Chance, eine Studierendenvertretung zu organisieren, die eine starke Stimme für die knapp 23 000 Studierenden an unserer Universität darstellt. Diese Chance müssen wir nutzen!

Die Juso-Hochschulgruppe wird sich am Prozess der Wiedereinführung rege beteiligen und dabei stets den Austausch mit möglichst vielen Studierenden im Auge haben. Zu diesem Anspruch gehört für uns auch, dass wir kein fertiges Modell aus der Schublade ziehen.

Den uralten, oft kompromisslos ausgetragenen StuPa-StuRa-Streit wollen wir überwinden.

Fachschaften und politische Hochschulgruppen arbeiten nicht gegeneinander und sollten auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir möchten daher an einem Modell arbeiten, das parlamentarische Elemente und Repräsentativität mit basisdemokratischen Elementen und Einflussmöglichkeiten der Fachschaften vereint. Wir laden jede*n dazu ein, uns bei dieser Suche zu unterstützen!

Timo Schwander

Eine Zwischenbilanz

Von Vorurteilen, Fisch und Vorspiel in Nord-Norwegen

„Bodø?! Wieso Bodø?!" Genau das frage ich mich auch oft. In letzter Zeit noch öfters. Eigentlich seit die Norweger angefangen haben mit mir zu sprechen. Ich konnte es selbst kaum glauben! Nach einem teils ermüdenden Herbstsemester der Ignoranz, in dem ich zwischenzeitlich eine vorübergehende Umsiedlung meines „Ds" aus dem Pass auf meine Stirn befürchtete (s. u-bote # 825), war 2012 plötzlich anders. Kommunikativer. Geradezu innovativ überraschend. Aber in erste Linie alkoholhaltiger.

Einige Semester kulturwissenschaftliche Theorie, zahlreiche Introduktionen in die norwegische Kultur und ein vorheriger Aufenthalt im Lande hatten mich gelehrt vorurteilsfrei, Stereotype überhörend die Mission „Norweger zu Freunden machen" anzugehen. Fehlgeschlagen im ersten Anlauf. Der Satz meiner Erasmus-Koordinatorin, über den wir durch die Bank weg vor einem Jahr noch gelacht hatten, trägt mich durch das erste Halbjahr hier oben, nördlich vom Polarkreis: „Ich bin alleine und das ist okay so!" Ein Mantra an schlechten Tagen, der Partywitz unter Erasmusstudenten, die mein Schicksal teilen. Die Lösung am kalten, dunklen Jahresanfang – traurig aber wahr – Bier. Zumindest verkaufen sie es hier als solches. Und dann geschieht das Unfassbare. Das Neue. Das Überraschende. Das… ich kann es nicht in Worte fassen. Bin viel zu überfahren im ersten Moment. Meine norwegischen Klassenkammeraden – ja Kommilitonen gibt es nicht, wir haben uns alle lieb wie in der Schule früher – können sprechen, also mit mir. Das ist dann leider aber auch, stereotyp, auf den Promillegehalt zu später Stunde zurückzuführen. Sie stellen sich zum ersten Mal richtig vor. Stellen Fragen. Natürlich musste sie kommen, diese eine, auf die ich selbst keine Antwort habe: „Wieso Bodø?"

Ich verstehe es auch nicht so recht, was alle Norweger mit Bodø haben, oder besser gesagt nicht haben, mal abgesehen von den Vorurteilen. Den Zwist mit der nächst größten Stadt im Norden, Tromsø, kann ich noch nachvollziehen, das ist in Deutschland ja nicht anders: Kiel und Lübeck, Badener und Schwaben, Ost und West. Hier ufert es weiter aus, selbst die Bergenser im Süden stellen die B-Frage. In Bodø, da ist doch nichts außer Fisch, Regen und Wind. Stimmt grundsätzlich.

Aber eine Uni gibt es ja auch noch, ganz neu, seit dem Wintersemester 2011.

Das schöne, einsame Panorama von Bodø

Zwei Dinge, die diese Uni zu bieten hat: Eine absolut neue Hightech-Bibliothek mit Aussicht über den Fjord und Lesesesseln für 700 Euro das Stück – dem Erdöl und gefüllten Staatskassen sei Dank – sowie vier bis sechs Stunden-Prüfungen am Ende des Semesters. Was sich vor der ersten Klausur noch erschreckend lang vor mir ausstreckte, ist jetzt beinahe schon luxuriös. Vor allem aber eines: Unterhaltsam. Oder hat dein Sitznachbar während einer Prüfung eine ganze Schüssel Tiramisu ausgepackt und vollkommen, ohne Reste, weggeputzt?! Davon abgesehen, Raucherpausen sind unter Aufsicht ebenso gestattet wie Kaffeholen. Ein Prüfungsparadies!

Aber um noch einmal auf die Norweger persönlich zurück zu kommen, natürlich gibt es auch die, die im nüchternen Zustand sprechen, man muss sie nur erst finden. Nach einiger Zeit und dem stetigen Aufsagen des Alleinsein-Mantras, finde ich sie. Medienwissenschaftler. Vermutlich von Natur aus gesprächiger veranlagt. Und einmal abgesehen von „Bodø?!", führen die Konversationen auch bei 0,0 Promille weiter als bis „Aha! Deutschland…!". Unter anderem mein persönlicher Favorit: „Du lernst Norwegisch? Ich kenne auch ein deutsches Wort: „Vorspiel". Ouh…Moment… das war was anderes, oder?" Angesichts des nicht vorhandenen Alkohols im Blut ist dieses Gespräch am helllichten Tag beinahe pikant gewagt. Eine Andeutung von Rot breitet sich im Gesicht meines Gegenübers aus. Doch ich bin mir sicher, beim nächsten „Vorsch" lachen wir gemeinsam darüber. Erst das Vorsch, das ist die Abkürzung für „Vorspiel", lässt die Norweger so richtig locker werden. Und nicht, dass wir uns hier falsch verstehen, Vorspiel lässt sich in genau ein deutsches Wort übersetzen: Vorglühen. Bei rund sieben Euro pro halber Liter Spülwasserbier lohnt sich das aber auch so richtig. Das Pendent dazu, also quasi das Nachglühen, ist bezeichnenderweise „Nasch" von Nachspiel und beginnt nach der Sperrstunde, die selbst am Wochenende und Feiertagen um drei Uhr beginnt.

Apropos Feiertage: Morgen ist Nationalfeiertag. 198 Jahre mit eigener Verfassung. Ergo, gleich treffe ich mich mit ein paar Freunden, zum Vorsch, was sonst.

Und wenn ich dann auf dem Heimweg, irgendwann zwischen zwei und drei Uhr früh, die Sonne über dem Fjord aufgehen sehe, sind es nur noch wenigen Stunden, bis wir alle in einem rot-weiß-blauen Fahnenmeer die Nationalhymne singen, deren erste Worte nicht treffender sein könnten: „Ja, wir lieben dieses Land!"

Rebekka Bohrer

Must–go's!

Do, 24.05., Romanistenparty - wheit rabbit

Do, 24.5.,20:30, Alles Bio in Deutschland, oder was?- Mensabar

Do, 24.5, 18 Uhr, Vs-Konkrettreffen- u-asta

Fr, 25.05., 20Uhr, Mensafest - Mensabar

Fr, 1.6.-So, 3.6. Tangowochenende- Mensabar

Sa, 16.6., 10:30 Podiumsdiskussion Klimaneutrales Freiburg - KGI 1015

Sa, 30.06.: Pink Party

Di, 03.07.: Uni-Wahlen

Impressum

u-Bote #829, 10.5.2012 (38. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.
Druck: Druckwerkstatt im Grün
Redaktion und Layout: Florian Unterfrauner (V.i.S.d.P.) und (stud.live), Rose Simon, Hengame Yaghoobifarah, Marieke Reiffs, Rebekka Bohrer, Carolin Born, Laura Wisser, Laura Jäckel, Johannes Waldschütz, Daniela E. Tilg, Uwe Ehrhardt. Katharina Epstein.
V.i.S.d.P. für we are u: Lennart Lein, c/o AStA Uni Freiburg.
Kontakt: u-Bote, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de
Der u-Bote ist das offizielle Organ des unabhängigen allgemeinen Studierendenausschusses (u-asta) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des u-asta wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

u-asta-Service *(Telefon 203-2032, Fax -2034)* – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@u-asta.de — Wochentäglich 11-14 Uhr
Vincent Heckmann, Rebekka Blum ,Anne Schade
Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. ISICs, Büromaterial, Fair-trade-Kaffee...)

Job-, Arbeitsrechts- und Praktikumsberatung: hib@u-asta.de — Mo, 12-14 Uhr
Jens Rieger

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de — nach Vereinbarung
Maria Seitz

AStA-Rechtsberatung: — Mi, 14-16 Uhr
Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Studiengebührenberatung: gebuehrenberatung@u-asta.de — Do, 13-15 Uhr; Fr 13-15 Uhr
Laura Zimmermann, Ling Liu

Psychologische Beratung: psychologische-beratung@u-asta.de — nach Vereinbarung
Maria Richter

Konferenzen *(Hieran kann jedeR Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!)* – www.u-asta.de/struktur

konf (Konferenz der u-asta Referate): vorstand@u-asta.de — Do, 13 Uhr
FSK (Fachschaftskonferenz): fsk@u-asta.de — Di, 18 Uhr
Vorstand: Lennart Lein, Laura Maylein, Till Oßwald – vorstand@u-asta.de

Referate *(JedeR Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!)* – www.u-asta.de/engagement/referate

Antifa-Referat: antifa@u-asta.de — nach Vereinbarung
EDV- Referat: Jannis Seyfried - edv@u-asta.de — nach Vereinbarung
Finanz-Referat: Thomas Seyfried– finanzen@u-asta.de — Mi, 14 Uhr
FSK-Referat: Niklas Liedke – fsk@u-asta.de — Di, 18 Uhr
Gender-Referat: Rebekka Blum– gender@u-asta.de — Fr, 14 Uhr
Hochschulpolitik: Anna Tenberg – hochschulpolitik@u-asta.de — Mi,18 Uhr
Kultur-Referat: Maggie Jagglo. - kultur@u-asta.uni-freiburg.de — Fr, 16 Uhr
Lehramt-Referat: Muriel Frenznik – lehramt@u-asta.de — Mo, 12Uhr
Presse-Referat (u-Bote): Florian Unterfrauner – presse@u-asta.de — Do, 12 Uhr
PR-Referat: Gregor Hoffmann– pr@u-asta.de
Schwulesbi-Referat: Wolfgang Wagner. – schwulesbi@u-asta.de — Mo, 20 Uhr, Rosa Hilfe
Umweltreferat: Florian Jesse – florianjesse@gmx.de — Nach Vereinbarung
Sozialreferat: Hannes Hein — Nach Vereinbarung
Studieren ohne Hürden: Michaela Kusal, Andreas Hanka – soh@u-asta.de — jeden 1. und 3. Do, 17 Uhr

Feiern beim SC Freiburg

Viel ist in den letzten Monaten diskutiert worden. Viele Pläne wurden eingebracht, um dann gleich wieder verworfen zu werden. Du Suche nach einem geeignete Standort für den Markt der Möglichkeiten (MdM)war wahrlich kein Kinderspiel. Denn die Standorte, an denen der MdM bisher immer stattgefunden hatte, hatten sich alle als nicht geeignet erwiesen. Das Festzelt vor dem KG II war zu teuer, im KG I und im KG II waren die Räumlichkeiten nicht für so viel Menschen geschaffen und vom Plan den MdM in die Messehalle zu verfrachten wurde auch bald wieder abgelassen. Doch wie Gerüchte behaupten, hat das Rektorat bereits einen neuen Standort für den MdM ausfindig gemacht und der hat es wahrlich in sich. Denn zukünftig soll der MdM im SC Stadion stattfinden. Was im ersten Moment als wahnwitzig erscheint, ist jedoch bei genauer Betrachtung eine geniale Idee. Die Uni Freiburg folgt damit einem Trend, der in Deutschland langsam Fuß fasst. Bereits die Uni Braunschweig musste auf Grund der steigenden Zahl der Immatrikulationen auf das Stadion der Eintracht ausweichen. Doch nicht nur die steigende Zahl der Eingeschriebenen bewegte die Universität zu diesem Schritt. Wie die genialen Köpfe im Rektorat erkannt haben, ist das Fußballstadion eine perfekte Metapher für den Unialltag.

Dadurch sollen die neuen Studis sofort mitbekommen, was es heißt an der Uni zu studieren. Die erste Regel, die die Neuinskribierten lernen, ist jene, dass eine Lehrveranstaltung wie ein Fußballspiel 90 Minuten dauert. Den Studierenden soll so beigebracht werden, dass man bei „Anpfiff" der Lehrveranstaltung im Hörsaal steht und sich nicht beschweren soll, wenn es einmal Nachspielzeit gibt. Ein gutes Beispiel, um Studierende dazu zu bewegen pünktlich in der Vorlesung zu sein. Jedoch läuft man dabei Gefahr, dass Studis, gemäß dem Vorbild, sich in der Vorlesung auswechseln lassen.

Auch wenn es um Leistung geht, gibt das Fußballstadion die richtigen Impulse. In dieser Hinsicht folgt man dem Beispiel der FDP, die bereits früh Leistung und Fußball medienwirksam verbinden konnte. Denn mit dem Motto des Fußballteams der FDP (Fachschaft der Politik) „ Leistung muss sich wieder lohnen", werden Politikstudierende schon früh an die Erwartungen des Unilebens gewöhnt. Studierende sollen verstehen, dass nur jene gute Leistungen erbringen, die immer auf dem Platz stehen. Wer also nicht in der Vorlesung anwesend ist, ist wie ein Ersatz- oder sogar Reservespieler. Denn nur wer immer anwesend ist und immer auf dem Platz/Hörsaal ist, kann auch gute Leistungen bringen. Leistungen abseits des Spielfeldes sind unmöglich. Das ist doch offensichtlich!

Das Stadion soll aber nicht nur Werte vermitteln, sondern auch die Studierenden auf die schweren Situationen im Unialltag vorbereiten. Denn überfüllte Stadien ähneln auf eine erschreckende Weise den überfüllten Hörsälen. Wie bei einem Spitzenspiel zwischen Bayern und Dortmund, drängen sich auch bei manch einer Vorlesung Studierende eng aneinander, um noch etwas von der Veranstaltung mitzubekommen. Aber auch die Atmosphäre im Hörsaal ähnelt der in einem Fußballstadion. Die Studierenden sitzen auf den Bänke, wie im Stadion auf den Rängen und schauen den Treiben zu. Leider gehören Studierende zu jener passiven Gruppe von Menschen, die sehr schwer zu begeistern sind. Nur selten schaffen es Dozenten sich Unterstützung von den Rängen in Form von Transparenten und Chorgesängen zu verschaffen. Nur die Besten der Besten schaffen es ihr Publikum mitzureißen und so das Publikum so richtig anzuheizen. Unvergessen bleibt dabei der Auftritt eines ehemaligen baden-württembergischen Ministers, der mit seiner Rede über die Rolle unseres schönen Bundeslandes, für gute Laune sorgte. Die Stimmung war dermaßen ausgelassen, dass nicht nur der eingefleischte Fanblock, sondern sogar das ganze Publikum über die volle Länge fröhlich klatschte und Transparent auspackte. Nicht einmal die gegnerischen Fans, die vor dem Hörsaal standen und mit Trillerpfeifen und Schmähchören versuchten zu stören, waren erfolglos.

Sorgt jedesmal für Bombenstimmung: Stefan „Moppelchen" Mappus

Vermutlich war diese positive Erfahrung für das Rektorat einer der wichtigsten Punkte, warum man den Mdm in das SC Stadion verlegen will. Denn wie heißt es so schön: „Mens sana in corpore sano".

stud.live